

Existenzrecht für Israel und Palästina

Jüdische Stimme: „Schwere Vorwürfe gegen Göttinger Friedenspreisträger“, FR-Politik vom 15. Februar

Ungerechter Nicht-Frieden

Die Ehrung der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden Nahost“ wird in Göttingen diskreditiert. Das jahrzehntelange Engagement für Frieden und die Anerkennung der menschenwürdigen Haltung. Diese Verurteilung nimmt immer mehr an Fahrt auf. Sie führt weg von den in unserem Grundgesetz und z.B. auch in der UN-Charta der Menschenrechte festgeschriebenen Werten, die menschenwürdiges Leben erst möglich machen.

Alle, die sich laut äußern, alle, die so die tödlichen Verhältnisse totschweigen, sollten verpflichtet werden zu einem Aufenthalt in Gaza und dem besetzten Westjordanland. Stellen Sie sich vor, die Mitglieder des Zentralrates der Juden, die Leitungen der Israelitischen Gemeinden, die Mitglieder der Deutsch Israelischen Gesellschaft und der Gruppen für christlich-jüdische Zusammenarbeit, aber auch Politiker wie Volker Beck oder Bürgermeister wie Uwe Becker in Frankfurt machen sich auf den Weg, um endlich aus der Gegenwart Palästinas und der israelischen Besetzung zu lernen, indem sie diese erst einmal zur Kenntnis nehmen.

Staatlich geregelte Ungleichbehandlung in Israel und die gesetzliche Etablierung von „legalen“ Menschenrechtsverstößen in den besetzten Gebieten können weder legitimiert werden noch können sie irgendetwas gutmachen.

Was wird im Jahr 2020 passieren, wenn Gaza nicht mehr bewohnbar ist? Was passiert dann mit den zwei Millionen Menschen, die in Gaza abgeriegelt leben müssen? Womit wollen die Verteidiger der israelischen Politik dann argumentieren? Mit „christlich-jüdischen“ Werten? Oder mit ihrer opportunistischen Behauptung, sie hätten nichts gewusst?

Die Nichtbefassung mit der Stimme für den gerechten Frieden, die Nutzung der Preisverleihung lediglich als Terrain zur Diffamierung der BDS-Bewe-



Demonstration gegen Antisemitismus auf dem Frankfurter Römerberg im Mai 2018.

MICHAEL SCHICK

gung soll wohl zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Und dies in Zeiten, in denen Stadtparlamente und Gerichte Beschlüsse fassen, die eine Nichtbefassung mit diesen Themen erreichen sollen. Veranstaltungs- und Raumverbote! Und zugleich wortreiche Diskreditierungen, die willkürlich die Realität ausblenden.

Werden diejenigen, die hier protestieren, einen Preis verleihen an sich selber oder die zahlreichen Repräsentanten und Verbände, die ihre Stimme erheben für die Zementierung des ungerechten Nichtfriedens im Nahen Osten? Eine Gewissheit werden sie dann haben: Sie befinden sich im Mainstream, und die Liste der Anwärtler ist äußerst umfangreich.

Eva Renate Marx-Mollière, Mainz

Juden werden zu Antisemiten erklärt

Wenn etwas den Antisemitismus fördert, dann ist es diese Kampagne der Israel-Lobby gegen die Preisverleihung an die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost e. V.“. Sie ist ein weiterer Angriff auf die gemäß Artikel 5 des GG garantierte Meinungsfreiheit und verstärkt den Eindruck von einem immer stärker werdenden Einfluss der Israel-Lobby. Der jüdische Verleger

Abraham Melzer hat in seinem Buch „Die Antisemitenmacher“ auf diese Sachverhalte hingewiesen.

Eine weitere Ursache von Antisemitismus ist die Politik der israelischen Regierung, worauf schon der israelische Friedensaktivist Uri Avnery aufmerksam machte. Aber die Vertreter des humanitären Judentums kommen leider nicht zu Wort.

Die BDS-Bewegung will nur das, was auch die politische Linie der Bundesregierung ist: Ein Existenzrecht für Israelis und Palästinenser, also einen souveränen palästinensischen Staat an der Seite Israels in dessen international anerkannten Grenzen. Das ist auch im langfristigen israelischen Interesse. Deshalb wird ebenfalls von jüdischer Seite gefordert, vor allem wirtschaftlichen Druck auf Israel auszuüben, damit dessen Regierung die völkerrechtswidrige Politik aufgibt. Was soll daran antisemitisch sein?

Der Holocaustüberlebende Hajo Meyer hatte Recht: „Früher bestimmten Antisemiten, wer Jude ist. Heute bestimmen Juden, wer Antisemit ist.“ Jetzt werden sogar Juden zu Antisemiten erklärt.

Siegfried Ullmann, Alfter